

## EDITORIAL

---

❖ Wahlen sind Jungbrunnen der Demokratie. Sie erneuern das Interesse an Politik, indem sie politische Konfigurationen bestätigen, neue ermöglichen oder erzwingen. Die vermutlich einzige Wahl in diesem Jahr auf Landesebene in Bremen hatte ein voraussehbares Ergebnis: Beide Partner der Großen Koalition in der Weserstadt haben Abstriche in der Wählergunst hinnehmen müssen, verfügen aber gleichwohl über eine Mehrheit von sechzig Prozent des Elektorats. Die kleineren Parteien wurden insgesamt gestärkt, der FDP gelang der Einzug in die Bremische Bürgerschaft, die Grünen erzielten mit sechzehn Prozent das beste Ergebnis in ihrer Geschichte, die Linkspartei/PDS zog erstmals in ein westdeutsches Landesparlament ein.

Große Koalitionen befördern das Wachstum der kleineren Parteien ebenso wie die Neigung zur Nichtbeteiligung an der Wahl. Beide Regeln der Wahlforschung wurden in Bremen bestätigt. Trotz ihres Rückgangs in der Wählergunst hat die SPD das Mandat zur Regierungsbildung als stärkste Partei erhalten. Ihre Verluste sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sie im Wahlkampf eine Koalitionsaussage verweigerte und ihre Wähler über ihre künftigen bevorzugten Regierungspartner bewusst im Unklaren ließ.

Für die Bundesregierung bedeutet das Bremer Wahlergebnis unabhängig von der Regierungsbildung in der Weserstadt keine Destabilisierung. Die in heftige innerparteiliche Dissonanz geratene SPD kann trotz der Verluste mit dem Bremer Wahlergebnis leben, weil sie wie stets seit 1946 wieder stärkste Partei wurde. Das wird auch die Union, die sich von Bremen nie erhoffen konnte, die Berliner Machtarchitektur zu ihren Gunsten zu verschieben.



Hingegen hat die Präsidentschaftswahl in unserem Nachbarland Frankreich Bewegung in die erstarrten Verhältnisse in Europa gebracht. Das ist auch von der künftigen Wahl des neuen Premierministers in Großbritannien zunächst durch seine Partei zu erwarten.

Nach einem hierzulande mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Wahlkampf haben die Franzosen Nicolas Sarkozy auf ihren Schild gehoben – bei einer traumhaften Wahlbeteiligung und mit einem klaren Vorsprung zur sozialistischen Kandidatin Ségolène Royal. In Großbritannien hat Premier Tony Blair seinen lang angekündigten Rücktritt eingeleitet, um Gordon Brown sein Feld zu überlassen. Als Schatzkanzler kann dieser für sich beanspruchen, für den wirtschaftlichen Aufschwung in seinem Land verantwortlich zu sein.

Die Ratspräsidentin der Europäischen Union, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat es nun mit zwei neuen und starken Politikern zu tun, deren Realismus und Pragmatismus jetzt für einen aussichtsreichen Versuch genutzt werden müssen, Europa aus seiner Erstarrung zu lösen. Ihr steht ein zeitliches Fenster von wenigen Wochen zur Verfügung, um für eine Überarbeitung und Verdichtung der Selbstverständigungsdokumente der Europäischen Union zu sorgen. Dass Sarkozy unmittelbar nach seiner Amtseinführung in Paris nach Berlin flog, um der deutschen Bundeskanzlerin und europäischen Ratspräsidentin Angela Merkel seine Aufwartung zu machen, entspricht nicht nur einer von Helmut Kohl 1982 gegründeten Tradition, sondern ist ein Signal für die neue Beweglichkeit in der Europäischen Union. ❖

Wolfgang Bergdorf